

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Bierteljährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM.,
wöchentlich 35 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das fertige
Wort 20 Pf., (zulässig 2 fertige
Wörter) jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Schlafstellenan-
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 8. Oktober 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Stadt Antwerpen wird beschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Beschießung Antwerpens.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (W. L. V.) Die „Frankf.
Zeitung“ meldet aus Amsterdam vom heutigen Tage:
„Nieuws van den Dag“ meldet aus Rozendahl: Heute
früh um 1/8 Uhr ließen die Deutschen durch eine Stafette
ankommen, daß um 1/10 Uhr die Beschießung der Stadt
Antwerpen beginnen werde. Die Reaktion
ist um 1/12 Uhr nach Osten übergesiedelt; der
König blieb in der Stadt. Zahlreiche Flüchtlinge sind infolge
dieser Ankündigung an der holländischen Grenze angekommen.

Die Kämpfe vor Antwerpen.

Von der holländischen Grenze, 6. Oktober. Dem „Raasbodem“
wird aus dem belgischen Grenzort Putte unter dem 6. Oktober ge-
meldet:

Heute früh wurde in dem Reibelgebiete heftig gekämpft. Wahr-
scheinlich sind die Deutschen von Wavre und Waelhem in nördlicher
Richtung vorgerückt. Von da aus beginnen sie bereits die Be-
schießung in der Richtung auf Antwerpen. Von vertrauenswürdigem
Leuten, die aus Contich und Kerfsoer, drei oder vier Kilometer von
der Stadt Antwerpen, angekommen sind, vernahmen wir, daß die
Schrapnell schon heute früh an vielen Orten größere Verheerungen
anrichteten. Daraus ist zu ersehen, daß die Deutschen schon dicht
bei der Stadt Antwerpen angelangt sind. Das Hülfskorps, das
namentlich zwischen Sint und Pierre Aufstellung genommen hat,
beginnt schon seit zwei Tagen eine rückwärtige Bewegung. Ein-
weilen ist das ganze belgische Feldheer in dem Gebiete zwischen
Antwerpen, Pierre und der Scheide zusammengezogen. In diesem
Raume ist ein heftiger Kampf im Gange.

Die Franzosen über die große Schlacht.

Paris, 7. Oktober. (W. L. V.) Das amtliche Communi-
qué von gestern Abend 11 Uhr besagt:

Die Kennzeichen der Lage sind noch immer dieselben.
Auf unserem linken Flügel nördlich der Duse wird der Kampf
immer heftiger. Im Zentrum herrscht verhältnismäßige Ruhe.
Auf dem nördlichen Teile der Raasböhden haben wir etwas
Terrain gewonnen.

Englische Pressstimmen.

London, 7. Oktober. (W. L. V.) „Times“ melden aus
Paris: Obwohl der Feind hier und da Glück gehabt hat, ist die
moralische Haltung der französischen Truppen nicht erschüttert.
„Daily Telegraph“ meldet: Die Kämpfe in Frankreich
werden zweifellos Woche für Woche heftiger. Falls es
gelingt, die Deutschen über die Grenze zurückzutreiben, wird es nicht
mehr möglich sein, eine umgehende Bewegung zu machen. Man
wird einen Nahkampf erleben, der an die Belagerungsoperationen
mit Parallelgräben und Fortifikationen erinnert, die nur zwanzig
Meter voneinander liegen. Das wird unzweifelhaft der größte und
schwerste Abschnitt des großen Krieges.

Vom österreichisch-russischen
Kriegsschauplatz.

Kämpfe in den Karpathen.

Ryegghaza, 7. Oktober. (W. L. V.) Eine amtliche
Meldung aus Rusch besagt:

Die österreichisch-ungarischen Truppen stehen seit Montag
mittags bei Legio mit den Russen im heftigen Kampf.
Den Russen wurden ihre Positionen entzogen. Bei Kőrösfalva
sind ebenfalls ein heftiger Kampf statt und endete mit einem
vollständigen Siege. Die Russen wurden vernichtet oder ge-
fangen. Hier bildeten 2000 polnische Legionäre die Vorhut.

Die Riesenschlacht in Galizien.

London, 6. Oktober. Aus Petersburg erhält die „Times“
Nachrichten, daß man jetzt unmittelbar vor großen militäri-
schen Ereignissen in der Gegend um Krakau stehe. Galizien
würde der Schauplatz für die größte Schlacht in diesem Kriege
werden. Dorthin rücken die deutschen Armeen in Gil-
marchen und die Oesterreicher konzentrieren dort die
Hauptmasse ihrer Truppen zwischen Breslau (?)
und Krakau, so daß sie auch auf dem rechten Ufer der
Weichsel vorwärts rücken und die Russen zwingen können,
entweder den Rückzug aus Galizien anzutreten oder
sich zu einer offenen Feldschlacht zu stellen.

Die Deutschen stehen sicher in enger Verbindung mit
der österreichischen Heerleitung, und ihre Kämpfe in Ost-
preußen haben nur den Zweck verfolgt, die Aufmerksamkeit der
Russen von dem Standplatz der zukünftigen großen Schlacht fort-
zulenken. Deutschlands Schicksal würde an dem
Punkte entschieden werden, wo die drei Kaiser-
reiche zusammenstoßen. Hier rücken die Russen auf
zwei Linien vorwärts und man glaubt, daß es ungefähr
zwanzig Armeekorps sind. Wenn es den Deutschen nicht glückt,
hier die russische Sturmflut aufzuhalten, so würden die Russen
hinter den Verteidigungswerten an der Oder nach Deutschland
eindringen. Ergänzt wird dazu dem „Giornale d'Italia“
aus Petersburg gemeldet, in der Gegend von Krakau stehe
eine große Schlacht zwischen Russen und Oesterreichern bevor.
Die Russen seien eine Million Mann stark mit einer mächtigen
Artillerie.

8000 Russen bei Uzfok gefallen.

Budapest, 7. Oktober. (W. L. V.) Dem amtlichen Be-
richte zufolge haben unsere Truppen die in Maramaros
Sziget eingebrochenen russischen Heeresteile geschlagen
und bereits bis Nagybockszo verfolgt. Die Ver-
waltungsbehörden werden im Laufe des heutigen Tages die
amtliche Tätigkeit wieder aufnehmen. Die Verteidigung der in
dem jüngsten Kampfe bei Uzfok gefallenen Russen dauert fort.
Bisher wurden achttausend Russenleichen begraben.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage in Ostpreußen.

Königsberger Blättern übermittelte Wolffs Telegraphenbureau
eine Auslassung von zuständiger Seite, in der es u. a. heißt:

Durch solche Gerüchte über den Ausgang des siegreichen Ge-
fechtes bei Augustowo und durch aus betriebswirtschaftlichen Gründen
angeordnete Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung ist in einigen,
selbst von der Grenze weiter abgelegenen Bezirken eine er-
neute Fluchtbewegung der Bevölkerung ent-
standen. So begreiflich auch angesichts dessen, was weite Teile
der Provinz haben durchmachen müssen, Nengigkeit und Verbo-
stetät bei der Bevölkerung ist, so muß doch vor Ueberreaktion und
Kopfschüttelung auf Grund unüberlegter und in der Regel falscher
Gerüchte dringend gewarnt werden. Wer seine Wirtschaft und
Wohnung ohne zwingende Veranlassung in übertriebener Angst-
lichkeit verläßt, kann, auch wenn kein feindlicher Einbruch erfolgt,
nicht erwarten, sie in erträglichem Zustande wiederzufinden.
Bei einer Massenflucht mit der Eisenbahn kann trotz aller Ver-
sicherungen der Behörden für Verpflegung während der Reise und
Einquartierung nach Eintreffen vielfach nicht gesorgt werden, wo-
durch für Kinder und schwächliche Personen schwerer Schaden ent-
stehen kann. Nach alledem kann eine übereilte Flucht, abgesehen
von dem zu erwartenden Verluste der Habe, für Leben und Gesund-
heit mehr Gefahr bringen als das Bleiben selbst beim Einbruch des
Feindes.

Unbedingt muß freilich zur rechtzeitigen Entfernung bei wirt-
lichen, aber nicht bei nur gerüchtweise drohendem Herannahen des Feindes den männlichen Personen ge-
raten werden, welche als wehrfähig in Betracht kommen,
weil die russischen Truppen angewiesen sind, sie, wenn sie ihrer
habhaft werden, als Kriegsgefangene fortzuführen. Mehrere
tausend jüngerer und älterer Leute sind so bei dem feindlichen Ein-
fall in der Provinz von den russischen Truppen mitgenommen
worden, und viel Sorge undummer ist dadurch in zahllose Fa-
milien gebracht. Immerhin kann diesen die Tatsache zum Trost
dienen, daß diese fortgeschickten wehrfähigen Leute von Rußland
als Kriegsgefangene betrachtet werden und daß die Nach-
richten über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Rußland bis-
her im allgemeinen nicht ungünstig sind. Die Angehörigen können
also mit Sicherheit hoffen, auch diese Kriegsgefangenen nach Be-
endigung des Krieges wohlbehalten wiederzusehen.
Nach dem Siege bei Augustowo hat sich die Kriegslage an
unserer Grenze so günstig gestaltet, daß wir, soweit sich im Kriege
überhaupt etwas voraussehen läßt, größere feindliche Einbrüche
nach Ostpreußen nicht zu befürchten haben.
Nach einer Mitteilung im „Evangelischen Gemeindeblatt“ ist
bei dem Einfall der Russen in Ostpreußen kein evangelischer
Weißlicher getötet worden. Auch der Pfarrer Horn in
Scharenfen, der nach einer Meldung von den Russen erschossen sein
sollte, ist von seiner Verwundung genesen.

Arztmangel in Ostpreußen.

Schon vor einigen Wochen haben die ostpreussischen Behörden
öffentlich darum gebeten, daß Ärzte sich in den auf dem platten
Land gelegenen ostpreussischen Orten niederlassen mögen. Ob diese
Aufforderung den gewünschten Erfolg hatte, ist nicht bekannt. Die
von den Behörden angestellten Ärzte erhalten von den Behörden
neben Erhaltung der Reiseflosten freie Wohnung und 25 M. pro
Tag. Dafür müssen sie zahlungsunfähige Patienten umsonst be-
handeln.

Um die Nahrungsmittel.

Während die Verwaltung des Kriegswesens mit eiserner
Energie ihre Maßnahmen auch im Innern durchsetzt, kann
man das gleiche nicht von der Zivilverwaltung behaupten.
Und doch kommt hier ein Gebiet in Frage, auf dem rücksichts-
loseste Energie notwendig ist, wenn nicht die schwersten
Schäden für das Gemeinwohl eintreten sollen. Wir meinen
die Vorforgelänge für die Ernährung der Bevölkerung, die
rationelle Verwendung aller verfügbaren Nahrungsmittel.

In erster Linie kommt das Brotkorn in Betracht. Dank
der günstigen Ernte und dem Umstände, daß der Krieg in
einem Moment ausbrach, wo es noch möglich war, die übliche
Verschiebung deutschen Getreides nach dem Auslande zu ver-
hindern, ist Deutschland so ziemlich versorgt. Wie lange der
Vorrat ausreichen kann, darüber liegen noch immer keine zu-
verlässigen Schätzungen vor.

In Betracht zu ziehen ist, daß eines der Gebiete, welche
Ueberfluth über den eigenen Bedarf abzugeben haben, Ost-
preußen, durch das Eindringen des Feindes Schaden ge-
litten hat. Diese Provinz erzeugt annähernd 7 Proz. des
gesamten Roggens in Deutschland, während ihre Bevölkerung
3 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands beträgt. Ist
es richtig, daß ein wesentlicher Teil der Ernte Ostpreußens
von den russischen Truppen verbrannt und verwüstet worden
ist, so ist das ein Verlust, der ins Gewicht fällt. Um so mehr
ist also äußerste Sorgfalt bei der Verwertung der Vorräte
notwendig.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Es wird ganz
zweifellos Roggen als Viehfutter benutzt. Ein Bei-
spiel: der „Bremer Bürgerzeitung“ wird aus Ribbenhude
gemeldet, daß dort per Eisenbahn mehrere hundert Säcke
Roggenmehl zugeführt wurden, die für die Schweinemästereien
bestimmt sind. Man verwende eben Roggenmehl statt
Gerstenmehl, weil der Preis, wenn man den Nährstoff in
Betracht zieht, der gleiche ist. Aus dem Posenischen erfahren
wir, daß dort ungedroschener Roggen zu Häckel geschnitten
und an die Pferde verfüttert wird. Man spart so die Arbeit
beim Trusch und erweist Hafer, den man kaufen würde, durch
Roggen, den man zur Hand hat. Für den einzelnen Land-
wirt mag das rationell sein, aber für die Allgemeinheit ent-
steht ein unersehlicher Schaden.

Das Hauptfuttermittel sind unter den gegebenen Um-
ständen die Kartoffeln, die jetzt geerntet werden müssen.
Den Berichten nach ist zwar keine so große Ernte wie im Vor-
jahre zu erwarten, aber immerhin eine gute Durchschnitts-
ernte. Es ist eine der allerwichtigsten Aufgaben, daß die
Kartoffeln mit aller Sorgfalt eingeeignet werden. Das ist
vor allem eine Frage der Arbeitskräfte. Sie dürfte keine
besonderen Schwierigkeiten machen in den Gebieten mit über-
wiegendem Bauernbesitz, um so größere dort, wo der Groß-
grundbesitz vorherrscht. Die Provinzen Ost- und Westpreußen,
Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen liefern aber
mehr als die Hälfte der in ganz Deutschland geernteten
Kartoffeln (1912 wurden im Reiche rund 50,2 Millionen
Tonnen geerntet, davon in den genannten Provinzen
25,7 Millionen) und es werden auf den großen Gütern ver-
hältnismäßig mehr Kartoffeln gebaut als auf den Bauern-
gütern. Es kommt hinzu, daß in normaler Zeit die Brenn-
kartoffeln bei der Ernte wenig sorgfältig behandelt werden,
weil die Brennereien auch erfrorene Kartoffeln verarbeiten
können, man sich also nicht besonders um den Schutz gegen
Frost zu kümmern braucht. Dagegen müssen jetzt, wenn man
möglichst viel Kartoffeln zur Nahrung für Mensch und Vieh
verwenden will, die Früchte unbedingt vor Frost geschützt
werden, was nur durch gesteigerte Arbeit beim Einmieten
gehabt werden kann. Die Arbeitskräfte sind nun bei der herrschen-
den Arbeitslosigkeit sicher zu beschaffen.

Sind aber die Landwirte bereit auf die öffentliche Hilfe
angewiesen, um die Kartoffelernte zu bergen, so ist ganz
selbstverständlich, daß sie ihnen zuteil werden müßte unter der
Bedingung, daß die Frucht auch zu angemessenem Preise an
die Konsumenten abgegeben wird und vor allem, daß keine
Kartoffeln zur Produktion von Fuselgift ver-
wendet werden. Der Einwand, daß man nicht in der Lage sei,
die Kartoffeln, die normalerweise zum Schnapsbrennen verwen-
det werden, zu überwintern, ist hinfällig. Man hat heute die
Möglichkeit, durch Herstellung von Kartoffelschnitzeln und
-Floden jedes Quantum der Frucht zu konservieren. Gerade
in den Brennereien kann man leicht die Kartoffeln für diesen
Zweck trocknen.

Es ist daher erstaunlich, daß die Regierung zwar den
Landwirten gute Ratsschläge und Ermahnungen erteilt, die
Ernte sorgfältig und im Interesse der Allgemeinheit zu ver-
werten, daß aber bisher kein Verbot der Verfütte-
rung von Brotkorn und kein Verbot der Ver-
wendung von Kartoffeln zur Schnapsbrenne-
rei ergangen ist.



# Der Krieg und die Kolonien.

## Kriegsgeplänkel in den Kolonien.

(Nichtamtlich.) Berlin, 7. Oktober. (W. Z. B.) Vom kolonialen Kriegsschauplatz liegen heute verschiedene Nachrichten vor.

Aus Tokio wird amtlich gemeldet: „Eine Marine-Abteilung besetzte Jaluit, den Sitz der Regierung der Marshallinseln, ohne Widerstand zu finden, und brachte die Befestigungswerke, Waffen und Munition in ihren Besitz. Für die englischen Kaufleute wurde die Einfuhr freigegeben. Die Marineverwaltung erklärt, die Landung sei eine rein militärische Handlung gewesen, eine dauernde Besetzung sei nicht beabsichtigt.“ (Befestigungswerke existieren in Jaluit nicht; hinsichtlich der Waffen und Munition kann es sich nur um geringfügige Bestände handeln.)

In einer offiziellen Mitteilung des britischen Kolonialministeriums heißt es: „An der englisch-deutschen Grenze des ostafrikanischen Protektorats herrschte im September eine bedeutende Unruhe, da der Feind zahlreiche Versuche unternahm, in das britische Gebiet einzudringen und die Uganda-Eisenbahn abzuschneiden. Indessen wurden alle Versuche zurückgewiesen. Nur eine Grenzstation wird von einer kleinen deutschen Abteilung gehalten. Die normale Truppenbesetzung des ostafrikanischen Protektorats und des Uganda-Protektorats ist seit dem Ausbruch des Krieges durch bedeutende Abteilungen indischer Truppen sowie berittene und nicht berittene örtliche Abteilungen verstärkt worden. Hinsichtlich der militärischen Lage wird keine Veröffentlichung gegeben.“

Der Gouverneur von Kamerun meldet siegreiche Gefechte vom Anfang September gegen Engländer und Franzosen. In diesen Gefechten sind die Oberleutnants v. Rothkirch und Milbrat, Sergeant Jost, Sanitätsfeldwebel Gustav Ruhn, Bezirksamtmann Rausch, Postamtsvorsteher Glod und Landmesser Löhne gefallen.

Nach diesem Telegramm wird an zuständiger Stelle angenommen, daß Engländer und Franzosen an den beiden möglichen Einbruchstellen der nigerischen Grenze in unsere Kolonie Kamerun Vorstöße versucht haben. Es sind dieses der Eintritt des Venue und des Großflusses in nigerisches Gebiet. Die Namen der für das Vaterland Gefallenen lassen vermuten, daß im Norden bei Garna die 7. Kompanie unter ihrem Führer Hauptmann Freiherren von Crailsheim einen Angriff der wahrnehmlich von Jola und Wogonzo gemeinschaftlich vorrückenden Engländer und Franzosen abgewiesen hat. Bei dieser Kompanie standen die Oberleutnants v. Rothkirch und Milbrat und der Sergeant Jost.

Bezirksamtmann Rausch verwaltete den Bezirk Dikang. Er war erst im vorigen Jahre als Hauptmann aus der Schutztruppe ausgeschieden und zur Verwaltung übergetreten. Dikang liegt etwas südlich des Großflusses. Rausch wird sich mit seiner Polizeitruppe den Engländern, welche wohl den Großfluß heraufmarschierten, entgegengeworfen und dabei mit dem Postamtsvorsteher Glod und dem Landmesser Löhne in siegreichem Gefecht den Heldentod gefunden haben.

## Die Antwort Wilsons.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die Antwort, die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf das bekannte Telegramm des Kaisers eingegangen ist:

„Euerer Kaiserlichen Majestät wichtige Mitteilung vom 7. September d. J. habe ich erhalten und von ihr mit größtem Interesse und Anteil Kenntnis genommen. Ich fühle mich geehrt, daß Sie sich wegen eines unparteiischen Urteils an mich als den Vertreter einer an dem gegenwärtigen Kriege wahrhaft unbeteiligten Nation gewendet haben, die den aufrichtigen Wunsch hegt, die Wahrheit kennen zu lernen und zu berücksichtigen.“

Sie werden, dessen bin ich sicher, nicht erwarten, daß ich mehr sage. Ich bete zu Gott, daß dieser Krieg recht bald zu Ende sein möge. Der Tag der Abrechnung wird dann kommen, wenn — wie ich sicher bin — die Nationen Europas sich vereinen werden, um ihre Streitigkeiten zu beenden. Wo Unrecht begangen worden ist, werden die Folgen nicht ausbleiben und die Verantwortlichkeit wird den Schuldigen auferlegt werden. Die Völker der Erde haben sich glücklicherweise auf den Plan geeinigt, daß solch eine Abrechnung stattfinden muß. Soweit jedoch ein solcher Plan unzureichend ist, wird die Meinung der Menschheit, die letzte Instanz in all solchen Angelegenheiten, ergreifend eingreifen. Es wäre unklug, es wäre verfrüht für eine einzelne, selbst eine dem gegenwärtigen Kampf glücklicherweise fernstehende Regierung, es wäre sogar unbedenklich mit der neutralen Haltung einer Nation, die, wie diese, an dem Kampfe nicht beteiligt ist, sich ein endgültiges Urteil zu bilden oder es zum Ausdruck zu bringen.“

Ich spreche mich so frei aus, weil ich weiß, daß Sie erwarten und wünschen, daß ich wie ein Freund zum Freunde spreche und weil ich sicher bin, daß eine Zurückhaltung des Urteils bis zur Beendigung des Krieges, wo alle Ereignisse und Umstände in ihrer Gesamtheit und ihrem wahren Zusammenhang übersehen werden können, sich Ihnen als wahrer Ausdruck aufrichtiger Neutralität von selbst empfehlen wird.“

gez.: Woodrow Wilson.

## Änderungen im italienischen Kabinett.

Frankfurt a. M., 6. Oktober. (W. Z. B.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Rom: General Tassoni, Unterstaatssekretär des Krieges, nahm seine Entlassung. Seine Gründe sind von Bedeutung in diesem Augenblicke. Es sollen Differenzen zwischen ihm und dem Generalstab bestehen, weil dieser die schnelle Durchführung größerer Militär-Vorbereitungen forderte und im Kriegsministerium gewissen Widerstand fand. Gleichzeitig wird auch gegen den Kriegsminister Grandi gearbeitet. Dieser trat ins Kabinett Salandra mit einem verhältnismäßig bescheidenen Programm ein, nachdem General Borro das Vortreffen des Krieges abgelehnt hatte, da seine weitgehenden Forderungen auf Widerstand aus finanziellen Gründen gestoßen waren. Auch macht man Grandi zum Vorwurf, daß beim Ausbruch des Weltkrieges die Bestände in den Magazineen Lücken aufwiesen, obwohl der Premierminister Salandra Anfang April in der Kammer feierlich versichert hatte, daß die Bestände in Ordnung seien.

## Die Neutralitätserklärung

### der italienischen Sozialisten.

Aus der von uns bereits kurz gemeldeten Erklärung der italienischen Partei zur Kriegsfrage geben wir nachfolgende Stellen wieder:

„Von allen Großmächten hat nur Italien außerhalb des Konflikts bleiben können. Die energische Haltung der sozialistischen Partei und des Proletariats ist nicht unwesentlich zu dieser Stellungnahme der Regierung beigetragen. Die Neutralitätserklärung

find den einstimmigen Beifall der öffentlichen Meinung. Seit einigen Wochen versuchen Parteien ohne großen Anhang und Interessenvertretungen die Regierung zur Einmischung in den europäischen Krieg zu treiben. Man sucht eine ähnliche Stimmung zu schaffen, wie sie dem libyschen Kriege vorausging. Man spricht von der Notwendigkeit, ein Ministerium der nationalen Vereinigung zu schaffen. Man will den Krieg mit den bisherigen Verbündeten und also auch mit Deutschland. Die Führung der Kriegshandlungen haben die Nationalisten, die zuerst Italiens Eingreifen zugunsten des Dreibundes verlangt haben und jetzt mit dem Junktismus von Abenteurern Oesterreich anfallen möchten. Dann kommen die Reformisten und die bürgerlich-radikalen Freimaurer, die die Demokratie in Frankreich verteidigen und ein Ministerium in Italien verwickeln wollen. Den Zug schließen die Republikaner, die der Dynastie Savoyen die Aufgabe übertragen wollen, der sie sich während der italienischen Befreiungskriege nie gewachsen gezeigt hat. Nur die sozialistische Partei bleibt von dem Kaufschie frei und ruft Euch, Proletariat, zur schnellen Abwehr auf.“

Arbeiter! In dieser trüben und unheilswangeren Stunde übernimmt die sozialistische Partei die volle Verantwortlichkeit für ihre Haltung und achtet nicht des Hohns, mit dem die Monopolisten der Vaterlandsliebe sie als Feind des Vaterlandes hinstellen.

Arbeiter! Die Gründe, mit denen man Euch zum Krieg bringen will, sind den Aufstand an Menschenleben und Reichtum nicht wert, den der Krieg heischt. Widersteht dem Kriegswahnsinn, stellt Eure Demonstrationen denen der Kriegshandlungen Parteien entgegen. Sagt, daß Italien den Frieden braucht, daß es als einzige außerhalb des Konflikts stehende Großmacht die Aufgabe hat, zwischen den Kriegführenden zu vermitteln, kein Friedensschluß für die großen Prinzipien einzutreten, die den Staaten zugrunde liegen sollen: für die Befreiung von den Rückungen, für die Gerechtigkeit der Schiedssprüche. Die sozialistischen Abgeordneten würden nicht für die Kriegskredite für einen Angriffskrieg stimmen, der das Ergebnis einer widersprüchlichen und ideallosen auswärtigen Politik wäre, für die die herrschende Klasse Italiens allein verantwortlich ist.

Die sozialistische Partei Italiens hält an ihrem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der Internationale der Arbeiter fest, die aus den Trümmern des heutigen Weltkrieges größer und stärker entstehen wird.

Und im Namen der Internationale und des Sozialismus fordern wir Euch auf, Proletariat Italiens, Eure unerschütterliche Gegnerschaft gegen den Krieg machtvoll zum Ausdruck zu bringen. Es lebe der Sozialismus!

Der Parteivorstand. Die Parlamentsfraktion.“

## Keine Mißhandlung deutscher Frauen in Belgien.

Amsterdam, 6. Oktober. (Z. U.) Die der „Frankfurter Zeitung“ zugegangene Information über den König und die Königin von Belgien kann, soweit sie sich auf die letztere bezieht, den Tatsachen nicht ganz entsprechen. Im Interesse der Wahrheit stellt der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ auf Grund der Aussagen zahlreicher hierher geschickter Deutscher aus Brüssel und Antwerpen fest, daß weder in Brüssel noch in Antwerpen deutsche Frauen Mißhandlungen, zumal solche schrecklicher Natur, ausgeübt waren. Viele sensationelle Erzählungen sind ebenso der Unwahrheit oder Uebertreibung überliefert worden, wie beispielsweise die Ermordung des Hoteliers Weber, der gesund in Schiedingen lebt. Die Königin hat sich bisher in anerkennenswerter Weise um die Verwundetenpflege gekümmert.

## Zur Gefangenenbehandlung in Frankreich.

Durch die Zeitungen geht wieder einmal eine Nachricht über schlechte Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich. Ein Sanitätsunteroffizier aus Köln, der über die Schweiz aus Frankreich zurückkam und sich nun im Lazarett von Freiburg befindet, hat sie zu Protokoll gegeben.

Der Unteroffizier war nach seinen Aussagen in dem Orte Clermont-Ferrand untergebracht. Wie er befandete, waren dort insgesamt 200 Offiziere und 700 Mannschaften. Durch die Veranden des Unterkunftsraumes auf einem Artillerie-Liegeplatz dieser der Wind und die Mannschaften mühten nachts auf dem ebenen Steinhoden liegen, der nur mit ganz wenigem und schlechtem Stroh bedeckt sei. Auch die Kranken würden nicht besser behandelt, so daß Nahrung und Lungenentzündung häufig zu konstatieren wären. Das Essen sei schlecht und knapp; je drei Mann bekämen zwei Pfund Brot am Tage, dazu vormittags 1/2 Liter Brotsuppe und abends 5 Uhr 1/2 Liter Fleischbrühe mit Rindfleisch. Die Fleischportion sei so knapp, daß die letzten hundert Mann oft gar kein Fleisch mehr erhielten. Dabei werde kein Unterschied gemacht, ob die Leute gesund oder krank seien. Die Kranken blieben, auch wenn der Arzt Lungenentzündung festgestellt habe, ohne Decken, Mäntel und so gar ohne Hemd liegen. Auch Verbandzeug, sowie Watte und Medizin fehlten. Die Rot und das Gland seien himmelstreichend. Durch die große Kälte würden sie noch vermehrt. Die Bedürfnisse mühten die Gefangenen in Äbeln berichten, die nachts in den Veranden blieben. Für die 700 Mann sei nur ein Brunnen im Hofe als Wasserlage vorhanden. Auch die Offiziere mühten ihre Baracke selbst legen, und der einzige Baracke für 20 Offiziere durfte die Baracke nur mit Genehmigung des Postens betreten. Ein Quappmann habe nach vier Wochen noch das gleiche blutgetränkte Hemd getragen, das er bei der Gefangennahme trug. Allen Offizieren seien die Abzeichen herabgerissen worden. Sie dürften sich zwar selbst verpflegen, aber bekämen nur 3,40 Fr. pro Person und Tag bezahlt.

Der Oberleutnant, der das Protokoll dieser Aussagen aufgenommen hat, hat sich veranlaßt gesehen, seiner Niedertracht hinzuzufügen, daß Franz einen „nerbösen, fieberhaften und franten Eindrud“ mache. Ob seine Aussagen also wirklich in allem zutreffen, muß dahingestellt bleiben. Dazu kommt, daß so und so viele Briefe und auch die Berichte neutraler Personen doch das Gegenteil dessen bezeugen, was aus den hier zitierten Aussagen hervorgeht. Katholisch ist indessen nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Unterkunftsstellen der Gefangenen wirklich ungesunde, verurteilungswürdige Verhältnisse herrschen.

## Eine englische Mahnung zur Vernunft.

In der bekannten radikal-liberalen Londoner Wochenchrift „The Nation“ wendet sich der Schriftsteller Henry W. Robinson gegen verleumderische Angriffe, die von englischer Seite wider Deutschland gerichtet worden sind. Er stellt fest, daß er bei einem Aufenthalt in Deutschland kurz vor dem Kriegsausbruch den bestimmten Eindruck gewonnen habe, daß das deutsche Volk keinen Krieg wollte und ihn sicher nicht erwartete.

„Die Deutschen fürchten für ihre Existenz, für ihren reich gewachsenen Reichtum, für ihre Bildung, für ihre Schulen, für alles, das sie ihre Kultur nennen. Es gibt kein nationales Feindschaftsgefühl gegen Frankreich. Das ist ein Zeichen für künftige Hoffnung. Als ich von Transvaal nach der Natalgrenze kam, wenige Tage vor Ausbruch des Burenkrieges, da sagte General Joubert zu mir bei der Abreise: „Das Innerste meiner Seele blutet vor Schmerz.“ Ich schreibe dies als ein Engländer, der denkt, daß wir, wenn wir beiseite gelassen hätten, als Belgien angegriffen und Frankreich niedergeworfen werden sollte, nicht wert wären, der Welt ins Angesicht zu schauen. Aber wenn ich an Deutschland denke und alles, was es uns gegeben ist, dann sage ich mit Joubert: „Das Innerste meiner Seele blutet vor Schmerz.“ Worte Goethes, in denen er die Duldung unter den Völkern und das enge Band gemeinsamer Kultur gepriesen, gingen mir durch den Sinn, als der Zug nach unserer Abreise aus Berlin langsam durch Deutschland fuhr. Vom Wagen aus konnte ich sie sehen, diese lieblichen deutschen Dörfer und diese alten deutschen Städte, in denen ich so oft mit Landsleuten und Studenten so glücklich gewesen war in dem Glauben, daß der deutsche Geist das Geheimnis des Weltalls umfaßt. Ich bedaure nicht die Zeit, die ich unter den Deutschen auf der Suche nach diesen Geheimnissen verbrachte. Da lagen sie noch vor mir, die schönen Häuser mit ihren hohen Dächern, die wohl besetzten Felder, die Wälder und die Hügel, raumend von der alten Weisheit des deutschen Väterlandes.“

Es ist sehr erfreulich, daß ein Engländer den heberischen Phrasen seiner Landsleute entgegentritt und sich bemüht, den über die festländischen Dinge und Menschen im allgemeinen sehr schlecht unterrichteten Bewohnern der britischen Inseln ein zutreffenderes Bild von deutscher Gesinnung zu geben. Zu wünschen bliebe nur, daß auch in Deutschland mehr als es geschieht, Verständnis für die Art des englischen Volkes verbreitet würde, und daß man aufhörte, alle Engländer sozuzogen in einen Topf zu werfen, und die Anstrengungen anerkennt, die von nicht ganz wenigen Angehörigen der englischen Nation gemacht werden, die verhängnisvollen Folgen einer verhängnisvollen auswärtigen Politik nach Möglichkeit abzuwenden.

## Ein englisches Hilfskomitee für notleidende Deutsche in London.

Von amerikanischen Friedensfreunden geht uns mit der Bitte um Bekanntheit ein Exemplar des folgenden Rundschreibens zu: „Hilfskomitee für die Unterstützung der notleidenden Deutschen, Oesterreicher und Ungarn.“

Veranlaßt durch offizielles Vorgehen des religiösen Vereins der Freunde (die Seite der jeden Krieg verwerfenden Quäker. Die Red.) ist ein besonderes Hilfskomitee gegründet worden zu dem Zweck, Deutschen, Oesterreichern und Ungarn in Großbritannien, die infolge des Ausbruchs des Krieges ohne ihr Verschulden in größte Not geraten sein sollten, Beistand zu leisten. Diese Leute sind jetzt von ihrem Lande und in den meisten Fällen von allen Mitteln, sich Vorgesand zu verschaffen, abgeschnitten. Es gibt eine Reihe von Familien, bei denen der Vater genötigt war, vor Abbruch allen Verkehrs nach Hause zurückzukehren, oder als Kriegsgefangener in diesem Lande zurückgehalten ist. Eine Anzahl in Not befindlicher Mütter sind Engländerinnen, die durch Ehescheidung Ausländerinnen geworden sind. Ferner sind viele Intellektuelle, in besonders hilfloser Lage. Es sei anerkannt, daß es zahlreiche britische Familien gibt, die der Krieg in die größte Not bringt; indes werden nationale Maßnahmen getroffen, unseren Landeskindern Beizustehen, während diese Ausländer, die gefesselt als „Feinde“ betrachtet werden, in nahezu jeder Weise in besonders unglücklicher Lage sind und den Schutz ihrer eigenen Vorkasse oder ihres Konsulats nicht genießen.

Vielen beherrschten deutschen Frauen ist durch die Wohlthätigkeit englischer Freunde ein Heim zuteil geworden. Eine größere Zahl von Angeboten der Gastfreundschaft würde sehr willkommen sein, besonders für Ehepaare und alleinlebende Intellektuelle. Weitere Unterkunft könnte gefunden werden, wenn mehr Mittel für die Bezahlung von Logis und Pension zur Hand wären. Es sind mehrere Logierhäuser unter gehöriger Leitung eingerichtet worden, und in anderen Fällen wird Hilfe in Form von wöchentlichen Zahlungen und Nahrungsmitteln geleistet. Bei der Auswahl der Unterstüßungsempfänger wird mit großer Sorgfalt verfahren. Ein Etab etablierter freiwilliger Helfer besucht die Wohnungen und die Zukunft gebenden Personen. Es sind Vorkehrungen getroffen, soviel als möglich Beschäftigung für die Unterstüßten, zu der sie geeignet sind, zu beschaffen, indes macht das Vorurteil des Publikums dies sehr schwer.

Das Komitee hat mit dem Ministerium des Innern verhandelt, und viele Bedenke schenkt seinen Bemühungen volle Sympathie. Es genießt auch das Wohlwollen des amerikanischen Generalkonsuls, der die Wahrnehmung der Interessen der Deutschen, Oesterreicher und Ungarn in diesem Lande hat, und steht in enger Verbindung mit dem Verein der Freunde notleidender Ausländer und anderen Körperlichkeiten, die zurzeit lebhaft zusammenwirken, notleidenden Ausländern ohne Rücksicht auf ihre Nationalität Beistand zu leisten. Das Komitee verfolgt aufmerksam den Gang der Ereignisse und hofft, Männern wie Frauen, wo immer Anlaß sich bietet, weiterhin materiellen und moralischen Beistand leisten zu können. Man hofft, in Verbindung mit dem Regierungslager für „feindliche Ausländer“ werde irgendein Gottesdienst zustandekommen.

Gelder für unmittelbare Verwendung sind dringend nötig. Das Komitee erlaubt sich daher, an alle diejenigen, denen die Sache am Herzen liegt, die Bitte um Beiträge zu richten. Schecks und Postanweisungen wolle man an den Schatzmeister im Ehrenamt, W. Hanbury Aggs in Barclays Bank, 1 Pall Mall East, SW, richten und überschreiben: Alien Relief Fund.“

Das Exekutivkomitee besteht aus folgenden Personen“ (folgen 15 Namen mehr oder weniger bekannter Londoner Persönlichkeiten). Eine Liste von Unterstüßern der Sache weist die Namen des Erzbischofs von Canterbury und anderer Vertreter englischer Religionsgemeinschaften, des früheren Gefandten Englands in den Vereinigten Staaten, Viscount Dames Bryce, verschiedener englischer Parlamentarier und eines der ersten Richter Englands, des Lordrichter Phillimore auf.

## Die Türkei und Rußland.

Konstantinopel, 7. Oktober. (W. Z. B.) Ein inspirierter Artikel des „Idam“ antwortet auf die von der Petersburger „Kosowo Brestja“ und dem Moskauer „Kosowo Stowo“ gegen die Türkei gerichteten Angriffe. „Idam“ führt aus, daß die Türkei für niemand Propaganda mache und ihre Neutralität bewahre, jedoch in einer solchen Weise, ihre eigenen Interessen verteidigen zu können. Was die Drohung anbetreffe, daß England und Frankreich das Festland Syriens anpreisen und besetzen könnten, so sei sie nicht ernst zu nehmen, da die islamitische Welt gegenwärtig aus ihrem langen Schlafe erwacht sei und die beiden genannten Mächte großen Schwierigkeiten ausgesetzt wären, wenn sie die Türkei in dieser Weise angreifen wollten.

## Zusammenstöße in Aegypten.

Konstantinopel, 7. Oktober. (W. Z. B.) Der „Osmanische Lloyd“ erzählt, daß es in Aegypten und Kairo zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Truppen und ägyptischen Eingeborenen gekommen sei, da die Ägypter sich weigerten, sich nach Europa schicken zu lassen, um am Kriege teilzunehmen.



# Kriegsbekanntmachungen.

## Löhnung der Soldaten.

Vielfache Anfragen über die Höhe der Löhnung der Soldaten haben wir bereits unter dem 8. September nach von uns eingegangenen Informationen beantwortet. Da solche Anfragen immer wiederkehren, veröffentlichen wir nachstehend eine Zusammenstellung auf Grund amtlichen Materials:

Der monatliche Sold beträgt für:

	Friedens- zustand M.	immobilen Zustand M.	mobilen Zustand M.
Gemeine, unberitten . . . . .	9,—	9,00	15,00
beritten . . . . .	10,50	11,40	17,40
Fahrer als Gemeine . . . . .	10,50	11,40	17,40
Gefreite . . . . .	12,—	12,90	20,40
Sanitätsgefreite beritten . . . . .	18,50	18,90	23,40
Krankenträger unberitten . . . . .	15,—	17,40	—
Gefreite unberitten . . . . .	10,50	11,40	18,90
beritten . . . . .	12,—	12,90	—
Obergefreite unberitten . . . . .	15,—	—	18,90
Unteroffizier . . . . .	25,20	33,60	40,—
Sergeant . . . . .	39,60	49,50	57,—
Niegefeldwebel . . . . .	47,10	57,—	68,—
Feldwebel und Wachtmeister . . . . .	62,10	81,—	96,—

Feldwebel und Wachtmeister erhalten außerdem im immobilien Zustand 15 M., im mobilen Zustand 30 M. Dienstzulage. — Mobil sind nach dem Wortlaut der Befehlsvorschriften jene Formationen, die für den Gebrauch im Felde mit Personal und Material besonders ausgestattet sind; immobil dagegen sind jene Formationen, bei denen eine derartige Ausstattung unterblieben oder wieder aufgehoben ist.

## Politische Uebersicht.

### Die Entschädigung für Ostpreußen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: In der Presse wird von dem Gerücht Notiz genommen, daß von der Staatsregierung bei der bevorstehenden Landtagssitzung fünfzehn Millionen Mark zur Unterstützung Ostpreußens angefordert werden sollen. Tatsächlich sind von der Staatsregierung alsbald 15 Millionen Mark zur Ueberwindung der ersten Not in Ostpreußen bereit gestellt worden, die beim Landtage zu beantragenden Mittel für Ostpreußen werden sich aber ganz beträchtlich höher, nämlich auf mehrere hundert Millionen Mark, belaufen.

### Die Kriegstätigkeit des preussischen Herrenhauses.

Das Herrenhaus ist auf Freitag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden.

### Erledigtes Reichstagsmandat.

Schönlank, 7. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Czarnikau-Kolmar-Filshne, Gustav Ritter (kons.), ist heute nachmittag gestorben.

### Kommunale Maßnahmen gegen die Kriegsnöte.

Zahlreiche Kommunen haben gegenüber der Kriegsnöte Maßnahmen der verschiedensten Art getroffen; in der Regel handelt es sich um Beihilfen für die Familien der Kriegsteilnehmer, Unterstützungen der Arbeitslosen, Speisungen und Notstandsarbeiten. Hier und dort ist man aber, wie Erwin Stein, der Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik im „Tag“ berichtet, auch über diesen Rahmen noch hinausgegangen. So sind in einigen Städten Einrichtungen getroffen zur Verlegung von Streitigkeiten zwischen Gläubigern und Schuldner. Ganz neu hat ein Schiedsamt zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten gebildet. In Ludwigshafen hat der Stadtrat zum Zwecke der Vermittlung bei Streitigkeiten, die mangels eines Notatoriums zwischen Gläubigern und Schuldner, sei es wegen Mietzins oder Schuldzins, rückständiger Beträge, Säumnis in der Abtragung von Geschäftsschulden oder dergleichen entstehen, einen Vermittlungsausschuß eingesetzt. Dieser wird nach Bedarf zusammengetreten und in mündlicher Aussprache mit Gläubigern und Schuldner auf Erzielung gütlicher Uebereinkunft hinzuwirken suchen. Auf diese Weise soll die für die Parteien zu sehr mit Kosten verknüpfte Inanspruchnahme des Gerichts in der gegenwärtigen kritischen Zeit tunlichst vermieden werden. Stuttgart hat städtische Einigungsausschüsse in Miet- und Hypothekensachen eingesetzt, die unentgeltlich die Vermittlung von Vereinbarungen zwischen Vermietern und Mietern und zwischen Hypothekengläubigern und Hypothekenschuldnern wegen der Verzögerung von Miet- und Hypothekenzinsen übernehmen. Ferner ist hier eine städtische Beratungsstelle in geschäftlichen Angelegenheiten ins Leben gerufen worden, die unentgeltlich die Beratung von Gewerbetreibenden, insbesondere der Frauen von Kriegsteilnehmern, die außergerichtliche Vermittlung von Vergleichs- und Stundungsverträgen zwischen Gläubigern und solchen Schuldnern, die infolge des Krieges vorübergehend ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können, die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens usw. übernimmt. Richter und Rechtsanwälte haben sich zur Leitung dieser Stelle unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Einrichtungen funktionieren nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen sehr gut und werden lebhaft in Anspruch genommen.

In Breslau und Oberhausen wird die Gemeindecinkommenssteuer in gleicher Weise wie die Staatseinkommensteuer den im Felde Stehenden erlassen. Gelegentlich erfolgt Stundung mit dem Vorbehalt, die Steuer später ganz zu streichen.

Verschiedene Städte — Bromberg, Duer, Danzig, Gleiwitz, Kattowitz — hatten gleich nach der Mobilmachung Gutscheine oder Platanweisungen herausgegeben, um dem vorübergehend aufgetretenen Mangel an Kleingeld zu steuern. In Duer waren z. B. am 8. August 80 000 M. im Umlauf.

In verschiedenen Städten sind auch Bürgerwehren eingerichtet worden, die zur Ergänzung der Polizei bestimmt sind. Der Dienst wird meist ehrenamtlich versehen, doch wurden z. B. in Mannheim Beiträge zur Verfügung gestellt, um bedürftigen Mitgliedern der Bürgerwehr jeden Tag eine Vergütung von ungefähr 3 M. zahlen zu können.

Aus Gera wird gemeldet: Für die Notstandsunterstützungen in der Stadt Gera (Neuh.) hat der Gemeinderat dem Stadtrat einen unbeschränkten Kredit bewilligt und einen gemischten Notstandsentscheidungs-Eusschuß eingesetzt. Dieser Ausschuß stellt als Norm für die Angehörigenunterstützung der Kriegsteilnehmer einen Zuschlag von 150 Proz. der Reichsunterstützung fest. Die Höhe schwankt danach von 22 M. bis 97,50 M. im Monat. Aus der Praxis ergab sich aber die Notwendigkeit eines Ausgleiches dieser Höhe und es wurden die unteren etwas erhöht, die oberen etwas herabgesetzt.

Die Unterstützung wird halbmonatlich ausbezahlt und beträgt nunmehr wöchentlich: Für alleinlebende Frauen oder Mädchen 7,50 M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und ein Kind 10,— M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und zwei Kinder 12,50 M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und 3 Kinder 15,— M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und vier Kinder 18,— M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und fünf Kinder und mehr 20,— M.

Für die Arbeitslosen sind folgende Wochenlöhne aufgestellt: Eine Frau oder ein Mädchen mit einem Kind 7,— M. — Mit zwei Kindern 8,50 M. — Mit drei Kindern 10,— M. — Mit vier Kindern 11,50 M. — Mit fünf Kindern 13,— M. — Für Ehepaare ohne Kinder 8,— M. — Für Ehepaare mit einem Kind 9,50 M. usw., bis zum Höchstfalle mit fünf und mehr Kindern 15,— M.

In Breslau findet am 12., 13. und 14. Oktober eine allgemeine Fählung der Arbeitslosen statt; sie soll die Grundlage für eine bald einzuführende wöchentlich zahlbare Unterstützung geben. Handwerker, Kaufleute und Angehörigen des Mittelstandes soll durch eine Darlehnskasse geholfen werden, die mit städtischer Unterstützung von 400 000 M. arbeitet und Darlehen bis zur Höhe von 1000 M. ausgibt.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion in München hat folgenden Antrag gestellt: Die städtischen Kollegien wollen unterzögig Schritte unternehmen, um in München eine geregelte Arbeitslosenfürsorge herbeizuführen. Die Staatsregierung soll ersucht werden, hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch die Landesversicherungsanstalt für Oberbayern könnte veranlaßt werden, einen Teil ihres großen Vermögens dieser sozialen Aufgabe nutzbar zu machen. Mit dem Vollzuge der Arbeitslosenunterstützung wären wohl am zweckmäßigsten die Gewerkschaften zu betrauen.

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, nochmals eine Million Mark für die laufenden Unterstützungen der Familien von Kriegsteilnehmern und weitere 300 000 M. für Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen.

### Vereinbarungen über Stadtverordnetenwahlen.

Der sozialdemokratische Verein Dresden gab am Montagabend seine Zustimmung zu einer Vereinbarung sämtlicher Parteien, nach der bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen von einem Wahlkampf abgesehen und jeder Fraktion diejenige Zahl von Mandaten garantiert wird, die sie bisher besaß. Von den sechzehn Genossen, die in der Versammlung saßen, schieden diesmal vier aus, ihre Sitze werden also auf weitere sechs Jahre von unserer Partei besetzt. Gegen das Abkommen erhob in der von 400 Mitgliedern besuchten Versammlung niemand Widerspruch.

### Ein Hilferuf aus dem Elsaß.

Der Straßburger Oberbürgermeister Dr. Schwander und der Altbürgermeister Dr. Vaal, der Präsident der Ersten Kammer des elsäß-lothringischen Landtages, haben ein Schreiben an die deutschen Stadtverwaltungen gerichtet, in dem es zunächst heißt:

„Seit Beginn des Krieges ist ein größerer Teil des Landes Kriegsschauplatz geworden. Große Schlachten haben sich in den oberelsäßischen Kreisen Mühlhausen, Altkirch und Thann sowie in den lothringischen Kreisen Saarburg und Chateau-Salins abgepielt. Bis in die neueste Zeit fanden nicht nur dort, sondern auch in den Grenzkreisen Gewisler, Colmar, Rappoltsweiler, Schlettstadt und Rolsheim Gefechte statt; noch heute werden einzelne Grenzbezirke von feindlichen Truppen heimgesucht. — Wir verjachten daruf, die feindlichen Leiden einer Bevölkerung zu schildern, die allen Wechselfällen der militärischen Operationen ausgesetzt ist, die heute den Freund und morgen den Feind in ihren Mauern sieht. Wir wollen nur auf die enormen materiellen Schädigungen hinweisen, welche durch den Krieg im Lande entstanden sind. Durch die gänzliche oder teilweise Zerstörung von Gebäuden mit Vernichtung des Mobiliars sind viele des Obdachs beraubt, haben ihre ganze Habe eingebüßt und nur das nackte Leben gerettet. Auf weiten Strecken konnte die Ernte nicht eingebracht werden; sie war vielmehr der Vernichtung preisgegeben, so daß sich auch ein Mangel an Lebensmitteln fühlbar macht. Bei dem Mangel an Pferden wird die Herbstbestellung, namentlich in Lothringen mit seinem zähen Lehmboden, dessen Bearbeitung nur mit Pferden erfolgen kann, auf nicht zu bestreitende Hindernisse stoßen.“

„Wohl ist die Regierung bemüht, durch Ausbesserung der nur bedingten Gebäude für die Unterbringung der obdachlosen Bevölkerung Sorge zu tragen und auf eine möglichst ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln hinzuwirken. Auch der von den militärischen Operationen nicht unmittelbar berührte Teil der Bevölkerung sucht nach Kräften beizutreten, aber durch die infolge der unmittelbaren Nähe des Kriegsschauplatzes stattgehabten Ansammlungen und Durchmärsche von Truppenmassen, durch die heute noch starken Einquartierungen, durch die Teilnahme an der Sorge für die Versorgung der im Felde stehenden Truppen und insbesondere der Verwundeten und Kranken ist ihre Leistungsfähigkeit erheblich geschwächt.“

„Es wird dann ausdrücklich die Haltung der Elsäßer in ihrer gewaltigen Mehrheit gerühmt, die sofort dem Aufe des Vaterlandes gefolgt wären und ihm mit voller Hingebung dienten. Energisch wird dem Treiben eines Teiles der Presse entgegengetreten, die heute noch bemüht sei, gegen die elsäß-lothringische Bevölkerung Stimmung zu machen.“

„Zum Schluß wird gebeten, den Inhalt dieses Schreibens zu verbreiten und dadurch viellecht den Anlaß zu geben, daß nicht nur für Ost- und Westpreußen, sondern auch für das schwer heimgesuchte Elsaß Gabe n gesammelt und an die Kaiserliche Staatsdepotverwaltung in Straßburg gesandt werden.“

### Zu Unrecht beschuldigte Geistliche.

Im Sennelager befanden sich 20 belgische Geistliche, denen man schwere Verbrechen gegen die deutschen Truppen nachgesagt hatte. Es wurde sogar behauptet, ein Teil von ihnen sei bereits kriegsrechtlich erschossen worden, weil die gegen sie erhobenen Anschuldigungen sich bestätigt hätten. Die kriegsgerichtliche Untersuchung hat nunmehr, wie der „Vokal-Anzeiger“ meldet, ergeben, daß alle 20 unschuldig sind.

### Strenge Strafe.

Das Schöffengericht München verurteilte den Münchener Kaufmann Emil Marx aus Aresch, der sich zugunsten französischer Gefangener ungeduldig benommen hatte, wegen groben Unfugs zur höchst zulässigen Strafe von sechs Wochen Haft.

### Für den „Burgfrieden“.

Von dem christlichen Bestreben, im Sinne des „Burgfriedens“ zu wirken, zeugt folgendes Schriftstück, das dem Gauvorsitzenden der Arbeiterlänger in Weeslau zugeht:

„Ant Sawoitisch. Zimpel, 2. Oktober 1914. Die Verfügung des hiesigen Amtes vom 22. Mai d. J. — Journ. 1268 — betreffend Besetzung der Genehmigung eines Solal- und Instrumentallageris auf der Radrennbahn Grämelach wird hiermit zurückerzogen.“

„J. B.: Bletel.“  
Schade ist nur, daß die Verfügung etwas zu spät kommt. Das Sängerkfest — man wird sich erinnern, daß es zunächst in der Jahrhunderthalle stattfinden sollte und erst, nachdem diese von der Stadt-

verwaltung verweigert war, auf der Radrennbahn, um dann freilich auch hier auf behördlichen Widerstand zu stoßen — besagtes Sängerkfest sollte bekanntlich schon Pfingsten, also vor fast einem halben Jahre, vor sich gehen.

### Religion und Gesinnung.

In Lothringen hat die Militärbehörde den Kaufleuten verboten, in ihren nach Deutschland gerichteten Geschäftsbriefen die französische Sprache zu gebrauchen. Eine Firma in Saargemünd hat dies Verbot übertreten, worauf der dortige Etappenkommandant folgende Bekanntmachung erließ:

Nach Meldung der Gendarmerie bezieht sich trotz der ergangenen Verwarnung die idealistische Firma E. . . . in ihrem Schreibenverkehr in Deutschland der französischen Sprache. Ich gebe hiermit Kenntnis zwecks Beurteilung der politischen Gesinnung des Firmeninhabers, gegen den ich im Wiederholungs-falle einschreiten werde.

Die „Frankfurter Zeitung“, die Recht und Zweckmäßigkeit eines solchen Einschreitens nicht bestreiten will, wendet sich scharf gegen die Kennzeichnung der genannten Firma als „israelitisch“: „Dies hat mit der Sache selbst erschichtlich nicht das Geringste zu tun, da das Vergehen durch die Religion des Beschuldigten weder leichter noch schwerer wird, sondern ist entweder eine außerordentliche Ungeschicklichkeit einer untergeordneten Stelle, die schleunigst redressiert werden sollte, oder was man kaum annehmen kann, aus antisemitischer Ränke hervorgegangen. Wäre letzteres der Fall, so müßte man annehmen, daß durch die Anordnung nicht nur der Firmeninhaber, sondern das Judentum schlechthin getroffen werden soll, da sonst der Zufall ganz sinnlos wäre. In dieser Zeit, in der wir alle in Deutschland „keine Parteien kennen“, wäre eine derartige Denunziation eines ganzen Volksteiles doch wohl das Unangenehmste und dem großen, einheitlichen Geist der Zeit Schädlichste, was man ausdenken könnte.“

### Kriegs-Vermögenszuwachssteuer.

In unserem gestrigen Leitartikel hatten wir u. a. auch angeregt, die Mittel zu einer durchgreifenden Bekämpfung der Arbeitslosennot durch eine weitgehende Vermögenszuwachssteuer auf allen Wertzuwachs während des Krieges aufzubringen. Zur gleichen Zeit schrieb, wie wir jetzt sehen, Prof. Dr. W. H. G. in der „Allg. Ztg.“, nachdem er von den großen Aufträgen für Heereslieferungen und Verbrauchsgegenstände der Kriegshilfsorganisation gesprochen:

„Bei den Aufträgen des Staates wie der eben genannten Organisationen wird sich freilich nicht immer vermeiden lassen, daß große Lieferungen und große Gewinne einzelnen Personen zusteigen. Der Gedanke einer Vermögenszuwachssteuer für solchen Kriegsgewinn ist recht erwägenswert; zu berücksichtigen ist freilich, daß in vornehmer Weise eine Anzahl Geschäftsleute und Industrielle diesen Uebergewinn ganz oder teilweise wieder Wohlfahrtszwecken zur Verfügung gestellt haben.“

Es ist recht erfreulich und beachtenswert, daß auch in den Prof. W. H. G. nahestehenden Kreisen der Gedanke der von uns angeregten Vermögenszuwachssteuer Anklang findet.

### Verbot der Schlachtung trächtiger Säue.

Auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichslanzlers über das Verbot des rechtzeitigen Schlachtens von Vieh hat das Preussische Landwirtschaftsministerium jetzt eine Verordnung erlassen, in der das Schlachten von „sichtbar trächtigen Säuen“ für die Zeit bis zum 10. Dezember 1914 untersagt wird, wenn nicht eine Erkrankung vorliegt oder es sich um Schlachtvieh handelt, das vom Auslande eingeführt ist. Uebertretungen der Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

### Die Ermordung Franz Ferdinands.

Wien, 7. Oktober. (W. Z. V.) Ueber den Beginn der Verhandlung gegen die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin meldet das „Neue Wiener Tageblatt“: Die 37 Druckseiten umfassende Anklage wurde vor einigen Tagen den Angeklagten, 25 Personen, vorgelesen. Die Anklage lautet auf Hochverrat, denn aus dem in der Untersuchung gesammelten Material geht hervor, daß die Ermordung des Thronfolgers nur ein Mittel für andere hochverräterische Ziele sein sollte. Die Verhandlung dürfte drei Wochen dauern.

Agram, 7. Oktober. (W. Z. V.) Das gegen den Banus Baron Sierlecz verübte Attentat hat nunmehr seine Säbne gefunden. Von den beiden Tätern wurde Schäfer zu fünf Jahren, Hercigonja zu acht Jahren schweren Kerkers verurteilt.

## Aus der Partei.

### Ein erfolgloser Versuch.

Eine dreifache Verantwortlichkeit wollte der Dahrenthor Staatsanwalt für unser dortiges Parteiblatt, die „Frank. Volksstimme“, feststellen. Bis vor einigen Monaten hatte der politische Redakteur Genosse Buchta verantwortlich gezeichnet, dann bekam das Blatt einen zweiten Redakteur in dem Genossen Hade, der nunmehr als Verantwortlicher zeichnete. Ein Artikel hatte das Verschulden des Staatsanwalts erregt, der die Anklage aber nicht gegen den als Verantwortlichen genannten Genossen Hade erhob, obwohl dieser erklärte, die pregefehlte Verantwortung zu tragen, sondern gegen den Genossen Buchta als mutmaßlichen Verfasser. Das Verfahren wurde nach Austritt des Genossen Hade niedergeschlagen, doch der Staatsanwalt erhob nun Klage auf Grund des Pregefehles, und zwar gegen Hade, weil er verantwortlich zeichnete, ohne dazu berechtigt zu sein, gegen Buchta, weil er den politischen Teil bearbeitete, aber nicht verantwortlich zeichnete, und gegen den Verleger, Genossen Hugel, weil er gebildet habe, daß Hade und nicht Buchta als verantwortlich zeichnete und weil er außerdem während seines Aufenthaltes im Reichstage den Inzeratenteil als verantwortlich zeichnete. Die Sache wurde jetzt vor dem Landgericht Dahrenthor verhandelt, wobei der Staatsanwalt Verstrafung beantragte und von der Annahme ausging, daß Hade wohl lediglich deshalb für den ganzen politischen Teil der Zeitung als verantwortlich eingetretten sei, um Buchta, der wegen Pregebelikten schon wiederholt bestraft wurde, zu schützen. Das Gericht ließ sich auf diese Deduktionen nicht ein und sprach alle drei Angeklagten frei.

## Letzte Nachrichten.

### Ein französisch-italienischer Konflikt.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Rom: Aus einem Privatbriefe aus Tripolis geht hervor, daß eine französische Kolonne in den ersten Septembertagen die Dase von Barfa oder Barracat beim Meeresküste der Dase Ghat, die auf allen Karten als zu dem tripolitischen Hinterland gehörig verzeichnet wird, besetzt hat. Für die schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien wegen der Abgrenzung von Tripolis kann dieser französische Schritt von Bedeutung werden.



# Arbeitslosenfürsorge.

## Arbeiterorganisationen und Vorortgemeinden.

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform hat an die Groß-Berliner Vorortgemeinden folgendes Ersuchen gerichtet:

„Bei der Bekämpfung und Linderung der durch den Krieg entstandenen Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig im Vordergrund der Interessen sämtlicher deutschen Gemeinden stehen und auch inzwischen fast überall tatkräftig angefaßt worden sind, sind die verschiedensten Formen der Ausführung gewählt worden. Ganz besondere Beachtung hat hierbei das Vorgehen der Stadt Berlin gefunden, bei dem ein bis in alle Einzelheiten geregeltes Zusammenarbeiten zwischen Gemeinde, Landesversicherungsanstalt und denjenigen Arbeiterorganisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, stattfindet. Der am 24. September 1914 unter Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters unternommene Versuch, ein gleichartiges Vorgehen auch für die Groß-Berliner Vorortgemeinden anzubahnen, ist jedoch gescheitert; insbesondere stehen die mit dem Berliner Verfahren schwer in Einklang zu bringenden Beschlüsse der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und des Brandenburger Provinzialausschusses dem entgegen: die Landesversicherungsanstalt Brandenburg will zwar zu den gemeindlichen Unterstützungen 50 v. H. Zuschläge gewähren, aber vorbehaltlich der Prüfung der Bedürftigkeit in jedem Einzelfall.“

Hierdurch wird insbesondere ein organisches Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen völlig ausgeschlossen, da ja deren Arbeitslosenfürsorge auf den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung aufgebaut ist, bei der die Kostlage nicht im einzelnen mehr geprüft, sondern bei Beschäftigungslosigkeit des Arbeiters im allgemeinen als gegeben angesehen wird. Die Arbeiterorganisationen in Groß-Berlin sehen sich deshalb jetzt vor die Frage gestellt, ob sie unter diesen Umständen die Gewährung von Arbeitslosenunterstützungen überhaupt noch fortsetzen sollen. Denn wenn diese Organisationen jetzt einfach die von ihnen bisher gewährten Unterstützungen weiter zahlen, so schaffen

sie damit einen großen Kreis von Personen, die vielleicht nicht mehr als „bedürftig“ angesehen werden und die deshalb auf die von den Gemeinden und der Landesversicherungsanstalt zu gewährenden Unterstützungen keinen Anspruch haben. Die Organisationen würden so also nur Gemeinden und Landesversicherungsanstalt entlasten und ihre eigenen Mittel erschöpfen, ohne daß ihnen irgendeine Gegenleistung hierfür erwürde. Es wird ihnen deshalb auch nicht verdracht werden können, wenn sie unter diesen Umständen ihre Arbeitslosenunterstützung völlig einstellen.

Das würde aber im Interesse gerade derjenigen Arbeitslosen, die sich durch ihre bisherigen regelmäßigen Beitragsleistungen zu den Unterstützungsanstalten ihrer Organisation als vorpflichtig und für die Zukunft vorsorgende Hausväter gezeigt haben, zu bedauern sein, da sie sich durch ihre Sparsamkeit erst gut begründeten Anrecht darauf erworben haben, in Zeiten der Not wenigstens etwas besser darzustehen als diejenigen, die sich eine solche Einschränkung in guten Zeiten nicht auferlegt haben. Aus diesen Erwägungen heraus erscheint auch der von manchen Gemeinden erhobene Einwand, daß gemeindliche Unterstützungen im gegenwärtigen Augenblick nur den wirklich Bedürftigen zukommen dürften, als nicht stichhaltig. Gewiß müssen gerade jetzt die Gemeinden ihre Mittel nach Kräften zusammenhalten und müssen sich vor allen überflüssigen Ausgaben hüten. Aber wenn man bedenkt, daß es sich hier ausschließlich um solche Bevölkerungskreise handelt, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind und denen es zurzeit unmöglich ist, ihre Arbeitskraft zu verwenden, und wenn man andererseits erwägt, daß die Beiträge, um die es sich hier handelt, lediglich dazu dienen können, daß die Lebenshaltung des einzelnen Arbeitslosen nicht allzu tief sinkt — denn sonst etwas anderem kann ja bei den hier in Betracht kommenden Unterstützungen nicht die Rede sein — so kann jede Gemeinde es mit gutem Gewissen beantworten, wenn sie zu den Arbeitslosenunterstützungen den Gewerkschaften einen Beitrag leistet, zumal dadurch die Gewerkschaften auch gezwungen werden, die für die Zeit der Arbeitslosigkeit aufgesparten Summen nunmehr auch ihren Mitgliedern zugute kommen zu lassen. Und alles Geld, das jetzt dazu beiträgt, die Volkswirtschaft zu beleben, ja jeder Pfennig, der über das von den Gemeinden zu leistende Mindestmaß an Unterstützungen hinaus den Arbeitslosen zugute kommt und der dadurch in der jetzigen Zeit

auch für die Erhaltung der allgemeinen Volksgesundheit von größter Bedeutung ist, kommt schließlich doch immer wieder auch den Gemeinden selbst zugute.

Sollte es nun ausgeschlossen sein, daß in den Vorortgemeinden unter nachträglicher Abänderung der Beschlüsse des Provinzialausschusses und der Landesversicherungsanstalt Brandenburg das Berliner Muster ebenfalls befolgt wird, so könnten die Gemeinden ihrerseits doch sehr wohl selbständig ein Abkommen mit denjenigen Arbeiterorganisationen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, treffen und ihnen zu den von ihnen zu leistenden Unterstützungen einen Zuschlag aus Gemeindemitteln gewähren. Allerdings würde in diesem Falle für den einzelnen organisierten Unterstützten der Zuschlag der Landesversicherungsanstalt wegfallen, den die Gemeinde sonst erhalten haben würde. Dafür wird ja aber an den Arbeitslosen die Unterstützung aus den Mitteln der Organisation gezahlt, so daß eine unbedingte Ersparnis lediglich auf Seiten der Landesversicherungsanstalt eintritt. Denn ob bei einem solchen Zusammenarbeiten mit den Organisationen auch die Gemeinden Ersparnisse erzielen werden oder nicht, läßt sich im allgemeinen nicht im voraus berechnen, da die gemeinschaftlichen Unterstützungsätze ganz außerordentlich verschieden sind und es müßte darauf ankommen, welchen Gewerkschaften die einzelnen Arbeitslosen angehören. Das aber, was den Gemeinden unter allen Umständen abgenommen wird, ist die Hebertwahrung der durch die Gewerkschaften unterstützten Arbeitslosen, die um so unbedenklicher den Organisationen überlassen werden kann, als sie ja selbst das allergrößte Interesse daran haben, daß ihre Klassen nicht unnötigerweise geschwächt werden. Die hierdurch den Gemeinden erwachsende Entlastung von Geschäften dürfte an einzelnen Stellen so bedeutend sein, daß sie allein schon ein Zusammenarbeiten der Gemeinden mit den Arbeiterorganisationen rechtfertigen würde.

Wir erlauben uns deshalb, an die Groß-Berliner Vorortgemeinden hierdurch die ergebene Bitte zu richten, ein Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, gütigst erwägen zu wollen.“

Diese Eingabe sollte bei den Vorortgemeinden Gehör finden. Ihr Inhalt deckt sich im wesentlichen mit dem, was auch in unserem Blatte schon dargelegt worden ist.

## Theater.

**Theater für Donnerstag, 8. Oktober:**  
**Deutsches Künstler-Th.**  
8 Uhr: **Gewonnene Herzen**  
**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: **Die Marktelenderin**  
**Deutsches Theater**  
8 Uhr: **Prinz Friedr. v. Homburg**  
**Kammerspiele**  
8 Uhr: **Wetterleuchten.**  
**Gebr. Herrfeld-Theater**  
8 Uhr: **Er kommt wieder.**  
Zwei leuchtende Punkte.  
Ende gut — alles gut!  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: **Der Hexenkessel.**  
Gastspiel Harry Walden.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Es braust ein Ruf!**  
**Lessing-Theater**  
8 Uhr: **Mein Leopold.**  
**Luisen-Theater**  
8 1/2 U.: **Er oder Er.** Der heilige Krieg.  
Sonntag 3 1/2 U.: **Die Räuber.**  
**Lustspielhaus**  
8 1/2 U.: **Graf Pepl.**  
**Residenz-Theater**  
8 Uhr: **Der Kaiser rief...**  
**Rose-Theater**  
8 Uhr: **Die Waffen her.**

## Volgt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.  
Heute Donnerstag, den 8. Oktober:  
**Die Jüdin von Toledo**  
Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Vorverkauf vorm. 10—2 Uhr.

## Casino-Theater.

Reichstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Kriegsbilder — Spezialitäten um.  
3. Schluß das neue Kriegs-Vollstück:  
**Mein Leben dem Vaterland.**  
Loge 1,25, Sessel 1,10, Parteei 80 Pf.  
Baug 10, Stuhl 30, Sonnt. 11. Aufschl.  
Sonntag 4 Uhr: **Kriegers Heimkehr.**

## Nachruf.

Auf dem östlichen Friedhof  
lag hier am 12. September unser  
treuer Kollege 1447

**Franz Charjon.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Kollegen der Firma J. Gök.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

## Verkäufe.

**20 Prozent Rabatt Vorwärts-lesern.**  
**Gardinenreste,** Restler 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,20, 4,25, 5,50, 6,65 uvm.  
**U. Weihenbergs Gardinen- und Teppichhaus,** Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Köpenickerstraße.  
**Teppiche mit Webefeldern** 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 uvm. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.  
**Restbestände, 1—3 Fenster** Tischportieren, Tischportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Restler 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 uvm. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.  
**Tuchdecken, Feindecken, Plüschdecken** 1,25, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,05, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.  
**Stoppdecken, Similtische,** vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 uvm. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 428\*

## Dankagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.  
E. Michalowski nebst Frau und Kindern.

**Dankagung.**  
Für die große Beteiligung und die Kränkchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sagen wir hiermit allen Teilnehmern herzlichsten Dank.  
Frau Marie Meyer nebst Kindern.

Auf Teilzahlung, kein Kassieren  
**Gardinen, Stores, Portieren, Decken, Teppiche, Federbetten, Bettwäsche.**  
**Mattner, Gulelandstr. 41, Ulberladen.**

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz  
gefallenen Genossen!

Folgende Genossen sind im Felde gefallen:  
**Richard Krüger**  
Kupferschmied, Welfenstr. 16 (21. Bezirk).  
**Willi Jenner**  
Mechaniker, Pannierstraße 23 (3. Bezirk).  
**Ernst Geisner**  
Arbeiter, Glasowstraße 41 (13. Bezirk).  
**Artur Schiller**  
Schlosser, Glasowstraße 33 (13. Bezirk).  
236/16 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

## Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.  
Am 6. Oktober verstarb unser Mitglied, der Kollege

**Hermann Hirte**  
im Alter von 61 Jahren an Herzschwäche.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zinkgießer

**Karl Hauke**  
Lützener Str. 4, am 5. Oktober an Nierenleiden gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erachtet  
Die Ortsverwaltung.

## Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands.

Filiale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hammer

**Adolf Kümmritz**  
verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

## Verband der Brauer- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Ortsverwaltung Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der

**Martin Brege**  
(Brauer Schweißergarten) verstorben ist.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Ortsverwaltung.

## Rauchklub „Collegia“

(Mitglied des Arbeiter-Raucher-Bundes Berlins u. Umgegend).  
Am 6. d. Mts. verstarb nach langem Leiden Frau

**Helene Brandt**  
geb. Hebel.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Der Vorstand.

## Wilhelm Jenner

im nächsten Alter von 24 Jahren.  
Aus tiefstem Schmerz zeigen dies an

**Frau Jenner, Familie Spaan, Familie Tietze, Margarete Pisalski.**

**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

## Prachtvolle Wohnungseinrichtung.

bildschöne Küche, alles noch neu, zusammen 225. Rosenbalerstraße 57, III bei Glas. Gemerdlich, Händler werden.

**Geldheirat** nicht mehr nötig. Sie erhalten die gewünschte Einrichtung sowie Einzelmöbel, auch gebraucht, äußerst billig gegen Kasse sowie Teilzahlung. Freundschaftlich-lachmännliche Bedienung. Julius Gabbert, Köpenickerstraße 54, gegenüber Meyer's Hof.

**20 Prozent Rabatt** während des Krieges auf sämtliche Möbel. Viele wenig gebrauchte, fast neue Möbel kaumlich billig. Roberte Arbeitermöbel. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32.

**Moderne Arbeitermöbel** in zeitgemäßer Ausführung, in Eisen (alle Farben) und Kubaum, unerreichte Ausmaß, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Speil, Adalbertstraße 6, am Rottbusertor. 342\*

**Küche Welt!** Bietet beständig Anrichte mit Gemüsepflanz, Tisch, Handtuchhalter, Kofenlaken, 2 Stühle, prima Emaillebad, komplettes Bad, Küchenschrank, nur 50 Mark. Schallerstraße 25.

**Möbelausverkauf!** Wegen Ausverkauf! Kleiderständer 22,00, 35,00, Kommoden 15,00, Auswahlschloß 42,00, 48,00, englische Bettstellen, Küchenmöbel, Schlafzimmer preiswert. Dresdenerstraße 107. 308\*

**Spottbillig!** Möbel, Wohnungseinrichtungen, neu und gebraucht, auch Mietzahlung. Lindenstraße 16, Möbelspeicher, Ecke Rühlhofenstraße.

## Kaufgesuche.

**Zahngebisse,** Goldblenden, Silberlücken, Platinablässe, sämtliche Retake höchstzählend. Sammelerei Christian, Adalbertstraße 20 a (gegenüber Kaiserhofstraße). 88/16\*

**Goldschmelze** laßt Platin, Silber, Gebisse, Quecksilber, alle Retake. Meyer, Adalbertstraße 107. 107.

**Fahrradgesch.** Schräder, Weberstraße 42. 109/10\*

**Goldblenden, Silberlücken, Quecksilber** höchstzählend. Müller, Teltowerstraße 10, Wasserstraße 72. 105b\*

**Fahrradant.** höchstzählend, Amselstraße 27. 109/11\*

**Goldblenden!** Silberlücken, Platinablässe, Zahngebisse bis 20,00, Kubaum, Goldmatten, Quecksilber, Stannolpapier, Zinn, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, höchstzählend. Odenmetal-Verkaufsbureau Gedenke, 31. Telefon (Abholung). 78\*

**Kupfer, Messing, Zinn, Zinn, Blei, Stannolpapier, Goldblenden, Silberlücken, Platinablässe, Quecksilber, Zahngebisse, Metallschmelze** Cohn, Brunnenstraße 25 und Reußstr. 105/11\*

## Unterricht.

**Automobilfahrer,** erfindliche heilungssichere Ausbildung, 100 Mark auch Abendkurs. Katenzahlung. Adalbertstraße 116. 2178\*

## Unterricht in der englischen Sprache.

Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreis, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty, Friedrichstr. 2, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 445\*

## Verschiedenes.

**Patentanwalt Müller,** Schillerstraße 16.

**Kunsthoferei** Große Frankfurterstraße 67. 23992\*

**Tüchtiger Kaufmann** wünscht sich mit einigen Tausenden an solchem, reuellem Geschäft oder künstlerischem Unternehmen uvm. zu beteiligen. Umwerben N. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts“. 1896\*

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Dirigenten** sucht Bergwerks- „Verein“, Friedr. W. Stellung mit Gehaltsanspruch sind zu richten an Robert Behring, Jutten.

**Maschinenfänger** verlangt Julius Schloß, Rühlhofenstraße 33/34. 188b

**Gebäude Arbeiter** für Eilenlager (sogar gelad.) 29. Apt. Lüneburgerstraße, Stadtbahnhof 367. 109/18

**Tüchtiger Bergwerkschlosser,** der auf Bergwerken gearbeitet hat, verlangt. Meldungen Rühlhofenstraße 32.

**2 tüchtige Lehrlinge,** die die Schlosserei erlernen wollen, werden verlangt. Meldungen Rühlhofenstraße 32. 187b

**Tüchtige Maschinenchlosser** auf Bergwerksmaschinen verlangt. Schuchardt u. Schütte, Uferstraße 6. \*

**Schirmmeister** und Schmiede sofort bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. **Hammerwerk Niederschönhausen** Buchholzer Str. 58. 221/2

**Tüchtige, selbständige** **Bauschlosser** sofort gesucht. **Schulz & Holdreiß,** 109/19\* **Fennstraße 13.**

**Tüchtige Kunstschmiede und Schlosser** zum sofortigen Eintritt gesucht. **Ed. Puls, Tempelhof.**

## URANIA

Taubenstraße 48/49.  
4 Uhr:  
**Lüttich und das belgische Land.** (Halbe Preise.)  
8 Uhr:  
**Die Weichsel u. d. masurisch. Seen.**

## Theater-Folies-Caprice

8 1/2 U.: **Possen-Theater** 8 1/2 U.: Täglich:  
**Blitzfeuer, Landwehrleute. Fest steht und treu...**  
Leonhard Hasel, Martin Kettner u. G.

## Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sängers**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnt. 7 1/2 Uhr.



Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 44 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Bezirksinspektion Nr. 3; Garde-Gren.-Reg. Elisabeth; 1. und 5. Bat. der Garde-Ers.-Brig.; Gren.-Reg. Nr. 9; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 10; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 18; Inf.-Reg. Nr. 14; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 18; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 24, 26; Inf.-Regimenter Nr. 27, 28, 30; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 30; Inf.-Regimenter Nr. 31, 32; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 32; Pfüllier-Regimenter Nr. 33, 34, 35; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 38; Inf.-Regimenter Nr. 41, 43; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 49, 50; Inf.-Regimenter Nr. 62, 67, 71, 74, 76, 79; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 81, 82; Inf.-Reg. Nr. 83; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83; Inf.-Reg. Nr. 84; Pfüll.-Reg. Nr. 86; Inf.-Regimenter Nr. 93, 94, 98, 116, 126, 129, 140, 141, 146, 147, 154, 160, 167, 174; 2. Landw.-Komp. Püßen; Jäger-Bat. Nr. 5. Leib-Garde-Duf.-Reg.; Drag.-Reg. Nr. 2; Gren.-Reg. zu Pferde Nr. 3; Drag.-Regimenter Nr. 5, 15; Ref.-Duf.-Reg. Nr. 9; Duf.-Reg. Nr. 17. Feldart.-Reg. der 8. Ers.-Division; Feldart.-Regimenter Nr. 10, 34, 39, 40, 44, 51, 56, 69, 73, 82. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Fuhart.-Reg. Nr. 4; Ref.-Fuhart.-Reg. Nr. 4; Fuhart.-Reg. Nr. 9. Pionier-Bataillone Nr. 3, 8, 11; Pion.-Regimenter Nr. 18, 23, 5. Art.-Munitionskolonnen des 9. Armeekorps. Ref.-Feldlazarett Nr. 44 des 9. Reservekorps.

Die Verlustliste Nr. 21 der bayerischen Armee enthält Verluste des 1. Jägerbataillons, des 1. und 2. Schweren Reiterregiments, des 1. und 2. Ulanenregiments, des 3., 4. und 8. Chevaulegerregiments, des 2. Feldartillerieregiments.

Die Verlustliste Nr. 24 der sächsischen Armee bringt Verluste der Brigade-Ers.-Bataillone Nr. 63 und Nr. 64, der Infanterieregimenter Nr. 104, Nr. 106 und Nr. 181, des Jägerbataillons Nr. 12, des Reserve-Jägerbataillons Nr. 13, der Kavallerie-Ers.-Abteilung Nr. 12, der Feldartillerieregimenter Nr. 12, Nr. 82, Nr. 48 und 68, der Ers.-Abteilung des Feldartillerieregiments Nr. 12 und des Pionierbataillons Nr. 22.

Die Verlustliste Nr. 31 der württembergischen Armee bringt Verluste des Landwehr-Infanterieregiments Nr. 120 und des Infanterieregiments Nr. 124.

Die sozialen Aufgaben während des Krieges.

Eine Reihe von Parteiversammlungen, die am Dienstag stattfanden, beschäftigten sich mit der durch den Krieg für die Arbeiterschaft herbeigeführten Lage und namentlich mit den Aufgaben, die Staat und Gemeinden zur Verringerung der sozialen Notstände jetzt in erhöhtem Maße zugewiesen sind.

Im ersten Kreise

wünschte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Genosse, daß neben dem Vortrag eine Diskussion, wenigstens aber ein Punkt „Verschiedenes“ auf die Tagesordnung gesetzt werden möge. — Mit Rücksicht auf Organisationsbeschlüsse konnte das Verlangen des Genossen nicht berücksichtigt werden.

Genosse Wolfgang Heine führte dann in seinem Vortrag über soziale Aufgaben während der Kriegszeit aus, daß es Aufgabe des Volkes, derer, die zurückgeblieben, sei, innere Feinde niederzuwerfen, nämlich Hunger, Krankheit, Missetätigkeit und Uneinigkeit. Der spätere Friede müsse einen Stamm gesunder Menschen und gesunde Verhältnisse vorfinden. Unter diesem Gesichtspunkt seien die sozialen Maßnahmen während des Krieges zu betrachten. Redner erörterte dann eingehend die für die Kriegszeit getroffenen und noch zu treffenden gesetzlichen und praktischen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten, namentlich auf den Gebieten der Nahrungsmittelfürsorge und der Beschaffung von verdienstbringender Arbeit. Unter anderem schloß er sich der im „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ gemachten Anregung an, daß eine Milliarde Mark für Arbeitsbeschaffung bewilligt werden möge. Er betonte ferner die Bedeutung der Fürsorge für die Arbeitslosen, wobei er hervorhob, wie wertvoll in der Beziehung gerade das Wirken der vorbildlichen freien Gewerkschaften gewesen sei. Staat und Gemeinden würden hier, namentlich, wenn der Krieg lange dauere, unter Verwendung der vorhandenen Organisationen noch weiter eingzugreifen haben. Schließlich gellte es auch, alle unsere Organisationen, die Wahlvereine, Gemeindefreien, Konsumvereine und Bildungsinstitute über die schwere Zeit hinweg zu retten. Das sei ebenfalls eine wichtige soziale Aufgabe, daß sich das Volk bewußt bleibe, was es den Organisationen verdanke. Schließlich verwies Redner auf den Ernst der Situation in diesem Weltkriege.

Zweiter Wahlkreis.

Die Mitgliederversammlung des zweiten Wahlkreises im „Hofjäger-Palast“ war gut besucht. Der Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Fischer nahm in 15minütiger Rede Stellung zu der durch den Krieg geschaffenen Lage. Eingehend begründete er die Bewilligung der Kriegskredite seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nach Lage der Dinge war es die Pflicht der Partei, die Mittel zum Kriege zu bewilligen. Wir haben ein Interesse daran, daß die deutschen Armeen so bald als möglich siegen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, dahin zu wirken, daß bei Beendigung des Krieges ein Frieden zustande kommt, der unseren Forderungen entspricht. Dann wird auch die Frage der internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie eine Klärung finden. Der in einzelnen Teilen nicht ohne Widerspruch aufgenommene Vortrag fand reichen Beifall.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Vereinsangelegenheiten“ leitete der Vorsitzende Genosse Schröder mit, daß der Vorstand geplant habe, noch eine Mitgliederversammlung im Westen abzuhalten. Auch eine öffentliche Versammlung soll demnächst stattfinden. Die bisher gelebten „Kammerräte“ sehen jetzt der Partei zur Verfügung. Das wiederholte Verbot des „Vorwärts“ durch das Oberkommando erlegt den Parteigenossen die Pflicht auf, sich mit erneutem Eifer für den „Vorwärts“ zu werben. Auch Genosse Fischer fordert eifrige Agitation für den „Vorwärts“. Genosse Schwann wünscht eine Diskussion über den Vortrag, da teilweise Widerspruch gegen die Ausführungen Fischers bemerkbar war. Redner Genosse Schröder schließt sich dem an. Fischer widerpricht. Da nicht jeder in der Lage ist, seine Worte so zu fassen, daß jede Mißdeutung ausgeschlossen ist, müßte von einer Diskussion Abstand genommen werden. Genossin Ziehl fordert ebenfalls zur Agitation für den „Vorwärts“ auf. Besonders die Frauen könnten in der jetzigen Zeit viel tun, um die Organisationen zu stärken. Ferner wünscht Genossin Ziehl in der nächsten Zeit eine öffentliche Frauerversammlung in den uns jetzt zur Verfügung stehenden Kammerräten. Schröder schließt die Versammlung mit der Mahnung an die Genossen, in dieser schweren Zeit besonders zusammenzuhalten.

Sechster Wahlkreis.

Vor den zahlreich Erschienenen in der

Vogelhafer Brauerei

in Roabit sprach Ledebour. Er gliederte die sozialen Aufgaben in solche, die während des Krieges sich uns direkt aufdrängen und solche, die nach beendigtem Kriege auf uns einwirken werden. Zur ersten Kategorie zählte der Redner vornehmlich ausreichende Ernährung nicht nur jener Familien, deren Ernährer im Felde stehen, sondern auch der weiten Kreise, die arbeitslos sind. In Verbindung damit stehe die Arbeitsvermittlung. Die hierin bisher unternommenen Schritte seien bei weitem nicht ausreichend. Eine weitere Frage sei die Behebung der Mietsnot. In sehr instruktiver Weise beleuchtete der Referent diese wichtigen Aufgaben und wendete sich dann jenen zu, deren Vorbereitung jetzt schon getroffen werden müsse, um im gegebenen Augenblick bereit zu sein. Wir werden, so führte der Redner hierzu aus, nach dem Kriege genau dieselben wirtschaftlichen Kämpfe durchzuführen haben wie früher. Deshalb sei zu fordern, daß alle das Arbeiterrecht einschränkende Ausnahmestimmungen beseitigt werden. Es wäre auch nicht mehr denkbar, die ungleichmäßige Behandlung der Wähler fernherin aufrechtzuerhalten. Das Aufrollen dieser Fragen werde nach dem Kriege den bürgerlichen Kreisen und der Regierung Gelegenheit bieten, zu beweisen, daß sie ernstlich gewillt sind, ihre Worte in die Tat umzusetzen.

In der Debatte führte Schöpflin aus, in den Fragen, die jetzt brennend sind, wie die Mietsnot, hätte schon viel mehr erreicht werden können, wenn sich die Arbeiterschaft bisher nicht immer fast völlig passiv verhalten hätte. Das gleiche ließe sich bezüglich der Lebensmittelversorgung sagen. Es sei zum größten Teil die Schuld der arbeitenden Bevölkerung, wenn es bisher in Berlin der Konsumgenossenschaft nicht möglich gewesen wäre, wie in anderen Orten — Leipzig z. B. —, preisbestimmend zu wirken. Die Genossenschaftsbewegung werde aber viel zu wenig unterstützt. Er, Redner, sei der Meinung, daß der 4. August namentlich auch in der Wahlrechtsfrage einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeute.

Ledebour trat in seinem Schlusswort den Ausführungen Schöpflins zum Teil entgegen. Er wies darauf hin, daß auch die Berliner es durchaus nicht an praktischem Handeln haben fehlen lassen; es könne natürlich, wie überall, auch hier mehr getan werden. Die langsame Entwicklung der Berliner Genossenschaftsbewegung erkläre sich aus wirtschaftlichen und historischen Gründen. Schöpflins Optimismus in bezug auf den 4. August teile er nicht.

In den

Therapsälen

war der Besuch trotz des starken Mitgliederverlustes durch die Einberufung in den Krieg ein überraschend guter. Erreicherweise hatten sich Genossinnen in größerer Zahl eingefunden. Das Thema umfoste ja auch Fragen, die für unsere Arbeiterfrauen von eminentester Bedeutung sind. Vorsitzender Frau! ersuchte zu Beginn der Versammlung, in der Diskussion von der Erörterung des Krieges sowie innerer Parteianglegenheiten abzusehen, und gebachte sodann der Gefallenen, unter anderen auch des Genossen Ludwig Franz. Der Referent, Genosse E. Eichhorn, ging hierauf auf die sozialen Wirkungen des Krieges ein, die sich in Handel, Gewerbe, Volksernährung, Mietrecht usw. geltend machen. Ausreichende und gesunde Versorgung derer, die zurückgeblieben sind, ohne daß der Schein des Almasens damit verbunden sei, sowie die Fürsorge für die große Anzahl der Arbeitslosen sind in erster Linie Forderungen, die durchaus berücksichtigt seien. Jedem Versuch, die Existenzmöglichkeit der Arbeiter unter Ausnutzung der Kriegsnöte zu verschlechtern, müsse entgegengearbeitet werden. Anerkennen müsse man ja, daß die Regierung schon soziale Maßnahmen in dieser Hinsicht unternommen hat, nötig seien aber gesetzliche Garantien, und zwar durch die Volksvertretung. Mit einem herzlich-warmen Hinweis auf unsere Brüder im Felde und einem hoffnungstreubigen Ausblick schloß Redner seinen inhaltvollen Vortrag, der mit großem Interesse und Beifall aufgenommen wurde.

In der Diskussion wünschte ein Redner, daß die Behörden gegen die Ueberstunden in jenen Betrieben eintreten möchten, für die genügend Arbeitslose vorhanden wären.

Ein anderes Bild als in Friedenszeiten umfängt uns beim Vortreten von

Frankes Festläden.

Noch ist es nicht 10 Uhr, aber schon ist der letzte Sitzplatz in dem 800 Personen fassenden Raume besetzt und trotzdem herrscht eine ernste Ruhe; nur im Flüsterton wagt man sich zu unterhalten. Große Lüden hat der Krieg im arbeiterreichen Norden in den Reihen der Parteigenossen gerissen, aber desto fester scheinen sich die zurückgebliebenen zusammengeschlossen zu haben, denn noch immer kommen neue Versammlungsbesucher, und müssen mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Wenige Minuten nach dem festgesetzten Versammlungsbeginn kann Edward Bernstein das Wort zu seinem Vortrage über „Die sozialen Aufgaben während des Krieges“ ergreifen.

Dieser Krieg, so führt er aus, bringt ganz andere volkswirtschaftliche Schäden mit sich wie z. B. der Krieg von 1870/71. War Deutschland damals ein in erster Linie für den eigenen Bedarf produzierender Agrarstaat, so ist es heute ein auf Ein- und Ausfuhr angewiesener Industriestaat. 22 Milliarden Mark betrug der deutsche Außenhandel im Jahre 1913. Dieser gewaltige Verkehr mit andern Ländern und Nationen ist abgeschnitten. Aber nicht allein der Außenhandel ist lahmgelegt, auch die Konsumfähigkeit im eignen Lande ist auf ein Mindestmaß zurückgegangen; Tausende stehen unter Waffen, andere Tausende können kaum das Leben fristen. Die Folge ist Arbeitslosigkeit in den Reihen der arbeitenden Klassen. Elend in den Reihen der kleinen Existenzen bis zum Mittelstand. Hier sind unendlich große soziale Aufgaben von Reich, Staat, Gemeinde und auch von den freien wirtschaftlichen Organisationen zu lösen und sind zum Teil gelöst. Einen nicht unbedeutenden Anteil an diesem Hilfswerk haben unsere Arbeiterorganisationen, in erster Linie unsere Gewerkschaften. Aber vieles ist noch zu tun, muß noch getan werden. Mit einem kräftigen Appell, den Organisationen, die jetzt, in ihrer Rücksicht und Notwendigkeit von den weitesten Kreisen unseres Volkes anerkannt, so großes leisten in diesen schweren Zeiten die Treue zu wahren und auch später weiter zu arbeiten, schloß Bernstein seine Ausführungen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und mit wenigen, markigen Worten schloß der Leiter die Versammlung.

Publmanns Saal

hatten sich die in der Schönhauser Vorstadt wohnenden Parteigenossen am Dienstag sehr zahlreich versammelt. Der Referent Dr. Breitscheid legte zunächst dar, daß es in letzter Linie wirtschaftliche, in der kapitalistischen Entwicklung begründete Ursachen sind, auf die der furchtbare Krieg zurückzuführen ist, und daß es deshalb ganz verfehlt ist, nach Einzelpersonen zu suchen, deren Bosheit und Tüde die Völker gegeneinander gehetzt haben soll. In den sozialen Aufgaben im Kriege übergehend, führte der Redner aus, daß es die selbstverständliche Pflicht des Staates und der Gemeinden sei, ausreichende Fürsorge zu treffen nicht nur für die Familien der Heeresangehörigen, sondern auch für die nicht am Kriege beteiligten, die infolge des Krieges in Not geraten sind. Die Privatwohlthätigkeit werde, je länger der Krieg dauert, um so mehr verfallen. Deshalb sei die Erweiterung der öffentlichen Fürsorge: Schaffung von Arbeitsgelegenheit, und wo diese fehlt, ausreichende Unterstützung, eine dringende Notwendigkeit. Wenn jetzt die Gemeinden Arbeitslosenunterstützung gemähren und die Militärbehörden Höchstpreise für Lebensmittel festsetzen, so seien das Maßnahmen, von denen wir nur wünschen können, daß sie

erweitert werden und dauernden Bestand haben. Vor allem dürften wir aber nicht vergessen, daß der feste Zusammenhalt unserer Parteigenossen in der gegenwärtigen Zeit die Voraussetzung dafür ist, daß wir nach Abschluß des Krieges die Vorteile, die er etwa bringe, für das deutsche Volk nutzbar machen und dahin wirken, daß dieser Krieg, der größte und furchtbare der Weltgeschichte, der letzte gewesen sein wird. Wie wir jetzt unsere Pflicht daheim und im Felde tun, so kämpfen wir unablässig auch für die Menschlichkeit.

Aus Groß-Berlin.

Gegen die Verkehrseinschränkungen.

Der Unwille gegen die Verkehrseinschränkungen ist im Publikum noch sehr stark; er wird auch nicht eher weichen, bis den geäußerten Wünschen Rechnung getragen ist. Straßenbahn wie Untergrundbahn sind des Morgens überfüllt, daß kein Apfel zur Erde fallen kann, und am Tage fahren die Wagen und die Züge in so großen Abständen, daß die Personen, die befördert werden wollen, große Zeitverluste erleiden. Allgemein richten sich die Beschwerden gegen die Aufsichtsbekörden, die es doch in der Hand hätten, Abhilfe zu verlangen, denn es fehlt weder an Personal, noch an Betriebsmitteln. Eine recht heftige Beschwerde veröffentlichte jetzt auch der „Lokalanzeiger“, der sich hauptsächlich gegen die Große Berliner richtet. Es heißt da u. a.:

„So wie bisher geht es jedenfalls nicht mehr länger weiter. Der 15- bis 30-Minutenverkehr ist jetzt die Regel, und in den Stunden der lebhaftesten Verkehrsanspannung eine über alles Maß hinausgehende Ueberfüllung der Wagen der Normalzustand...“

Die Verkehrsphasen werden immer größer, und die Ueberfüllung der Wagen immer unerträglicher. Man kann es täglich beobachten, daß vierzehn und sechzehn Personen auf dem Hinter- und je nach zwanzig Personen auf dem Vorderpertron stehen und obendrein die Gänge der Wagen vollgestopft sind wie Seringstonnen. Anhängen gibt es zumeist nicht. Wer nicht mitkommt, mag weitere zwanzig Minuten warten. Sind das Verhältnisse, die einer Weltstadt würdig sind? Man hat versucht, auf die Hoch- und Untergrundbahn hinzuweisen, wo gleichfalls eine Ueberschränkung stattgefunden habe und die Ueberfüllung der Wagen noch größer sei. Dieser Vergleich hinkt! Die Hoch- und Untergrundbahn hat zunächst einmal Bahnhöfe, die den Wartenden vor Kälte und Regen schützen, während er bei der Straßenbahn den Unilden der Witterung schonungslos preisgegeben ist. Dann aber fährt das Konstruktionsinstitut schneller, und seine Wagen sind unvergleichlich besser, breiter, bequemer, angenehmer. Schon daß das unaufhörliche Hin- und Herlaufen des knispenden Schaffners fortfällt, ist an und für sich ein Labial. Und nun beobachte man, wie jetzt bei den überfüllten Straßenbahnwagen von den hinaus- und hereindringenden Fahrgästen und dem Schaffner, der sich an dieser Menschenmauer unablässig vorbeiwirbelt, die Damen den unangenehmsten Belästigungen ausgesetzt sind! Sollen dafür die „Erklärungen“ der Direktion eine Entschädigung sein? Schnelligkeit und durchgreifende Vermehrung des Fahrpersonals — an Anwärtern kann es wahrlich nicht fehlen! — und vermehrte Einstellung von Wagen — nichts anderes kann hier helfen. Der gegenwärtige Zustand ist ein trübseliger, völliger Versagen der Verkehrsdienst der Straßenbahn, deren ganzes Kunststück das „Gruppenstehen“ ist. Hätten wir in Berlin eine parlamentarische städtische Vertretung mit Sinn und Augen für dasjenige, was Herz und Nieren der Bürgerschaft beweint, längst hätte sie mit einem Donnerwetter in diese Zustände hineinfahren müssen. Unser vortrefflicher Oberbürgermeister versteht bei allen möglichen Gelegenheiten herrliche Reden zu halten und kluge, geistvolle Worte zu sagen. Wann wird er sich in dieser Frage zum Wortführer der Bürgerschaft machen? Fährt er nie Straßenbahn? Und wo ist der Leiter der Verkehrsabteilung unseres Polizeipräsidenten? Dringt der laute Unwille der Berliner Bevölkerung nicht bis über die geweihte Schwelle seines Amtszimmers? Wir sind begierig, was nun geschehen wird.“

Was hier von der Straßenbahn gesagt wird, gilt in gleicher Weise auch für die Hoch- und Untergrundbahn, auf der die Verkehrsverhältnisse durchaus nicht besser sind als auf der Straßenbahn. Abhilfe kann, wie wir früher wiederholt dargelegt haben, durch das Verkehrsdezernat im Polizeipräsidentium geschaffen werden, indem die Verkehrsvereine im Einverständnis mit dem Verkehrsdezernat in die Einsetzung des Fahrplanes eingehalten werden, wobei die verschiedenen Wünsche berücksichtigt werden könnten. Das würde im Interesse des fahrenden Publikums liegen und auch Milderung der Arbeitslosennot schaffen.

Die Mietsnot.

Angelöst ist bis heute noch die Frage, wie den Mietern in der jetzigen schweren Zeit die Wohnungsmöglichkeit zu sichern ist. Wohl sind Notgesetze geschaffen, auch hat der Justizminister eine Verfügung erlassen, welche sich auf die Räumung der Wohnungen bezieht. Aber diese Bestimmungen allein lösen die Frage nicht. Die Mieter können vielfach infolge ihrer Notlage nicht zahlen, wohnen müssen sie aber. Die Hausbesitzer müssen aber auch ihren Verpflichtungen nachkommen und können auf die Mietseinnahmen nicht verzichten. Es geht aber auch nicht an, Mietbeträge aufsummen zu lassen und später den zahlungsunfähigen Mietern das bishigen Hausrat fortzunehmen oder einzubehalten. Die Gemeinden sind aber verpflichtet, für Wohnungsmöglichkeit zu sorgen; das müssen sie schon aus armenrechtlichen Gesichtspunkten tun. Bei der jetzigen infolge des Kriegszustandes eingetretenen Mietsnot kann aber die Gemeinde diese Verpflichtungen allein auf die Dauer nicht erfüllen. Hier müssen Staat und Reich helfen. Diesen Weg zeigt auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der dieser bekanntlich vorliegt. Inzwischen sind solche Verhandlungen eingeleitet. Bei den Reichs- sowohl wie bei den Staatsbehörden finden zurzeit Beratungen in dieser Angelegenheit statt. Aus diesem Grunde wird der sozialdemokratische Antrag auch an diesem Donnerstag nicht verhandelt werden. Hoffen wir, daß eine baldige Lösung dieser Frage gefunden wird, die alle Teile befriedigt.

Berlins Kriegsetat.

Die Aufstellung des Etats der Stadt Berlin für das kommende Jahr wird sich unter anderen Voraussetzungen und demgemäß voraussichtlich auch in anderen Formen vollziehen als sonst. Denn es stehen diesmal im Vordergrund die besonderen Aufwendungen der Kriegsfürsorge. Insbesondere die Unterstützung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern, welche — den Vorkauf für das Reich und die Mietsunterstützungen eingeschlossen — einen Jahresbedarf von mehr als 30 Millionen Mark ergibt. Es treten hinzu die Arbeitslosenunterstützung, die Unterstützung für städtische Arbeiter, die Steigerung der Ausgaben in der Armenverwaltung, die Ausgaben für die Versorgung mit Nahrungs-



